



Interviews

Datum: 20. August 2024

Moritz Küpper im Gespräch mit Philipp Türmer

Moritz Küpper: Am Telefon ist nun Philipp Türmer, der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD, kurz der Jusos, der Nachwuchsorganisation der Kanzlerpartei SPD. – Guten Morgen!

Philipp Türmer: Guten Morgen, Herr Küpper.

Küpper: Herr Türmer, ist Omid Nouripour entwaffnend ehrlich?

Türmer: Das hat mich doch überrascht, denn wenn ein Parteivorsitzender so eine Äußerung trifft, dann tut er das nicht ohne Hintergedanken. Ich will ehrlich mit Ihnen sein: Ich glaube auch nicht, dass die nächste Regierung eine Ampel-Koalition sein wird, denn ich bin fest davon überzeugt, dass die FDP dem nächsten Bundestag nicht angehören wird. Trotzdem steht das ja in einer Reihe von Äußerungen, die Nouripour vorgenommen hat. Kurz davor hat er noch FDP und SPD stark kritisiert. Ich begreife das als eine Initiativbewerbung der Grünen, in der nächsten Regierungskoalition mit der CDU zusammenzuarbeiten, und das beunruhigt mich, denn ich hatte gehofft, dass progressive Parteien alles dafür tun, dass es auch progressive Mehrheiten in Zukunft gibt. Deswegen ist das kein gutes Zeichen, was der Grünen-Vorsitzende dort von sich gegeben hat.

Küpper: Das ist der Hintergedanke, die Vorbereitung von Schwarz-Grün?

Türmer: Das ist zumindest mein Eindruck. Das passt auch zu den Erfahrungen, die Nouripour gegebenenfalls in Hessen gesammelt hat. Meinem Eindruck nach wäre das aber keine gute Option für das Land. Wir kämpfen weiterhin dafür, dass die nächste Regierung nicht von der CDU oder von Friedrich Merz angeführt wird.

Küpper: Sie kämpfen, das heißt, Sie machen Wahlkampf. Aber es ist ja noch über ein Jahr zu regieren. Kann man so weiterregieren?

Türmer: Es ist richtig, dass sich die Ampel gerade in den letzten Wochen wieder besonders viel mit sich selbst beschäftigt hat, viel gestritten hat, und nun gibt es ja unterschiedliche Formen des Streits. Es gibt Streits um Inhalte, um Themen. Wenn man sich daran reibt, wie man beispielsweise am besten die Löhne erhöht oder das Problem des bezahlbaren Wohnraums löst, dann wären das ja konstruktive Streits, aber das sind häufig sehr destruktive Streits über Probleme, die man sich selbst geschaffen hat, etwa mit dem krampfhaften Festhalten an der Schuldenbremse, und das kommt nicht gut in der Öffentlichkeit an.

Küpper: Aber ist das nicht auch ein inhaltlicher Streit über die Schuldenbremse?

Türmer: Das weiß ich gar nicht. Mein Eindruck ist, dass das ein sehr ideologischer Streit ist, der vor allen Dingen von der FDP geführt wird und dass sie da im Grunde genommen allein auf weiter Flur stehen und dass sie wirklich die Zeichen der Zeit völlig verpasst haben. Das haben wir zuletzt bei dieser Debatte um die Waffenlieferungen an die Ukraine und die Finanzierung derer gemerkt. Auch ganz viele Ökonominen und Ökonomen kritisieren die FDP inzwischen dafür, dass sie so krampfhaft an dieser Schuldenbremse festhält. Deswegen befürchte ich, dass es vor allen Dingen hier um Identitätskonflikte innerhalb der FDP geht.

Küpper: Die FDP führt ideologische Streits, die Grünen gucken schon auf Schwarz-Grün; und was macht die SPD?

Türmer: Die SPD versucht, dafür zu sorgen – jedenfalls viele in der SPD, unter anderem wir -, dass wir vielleicht doch noch mal ein Aufbruchmomentum in dieser Koalition kreieren. Ich würde mir wünschen, dass da stärker ...

Küpper: Das wievielte jetzt?

Türmer: Ja, in der Tat! Ich bin gerade sehr viel in Sachsen und Thüringen unterwegs im Landtagswahlkampf und da wird man auf Probleme angesprochen wie etwa der Mangel an bezahlbaren Wohnungen in den Ballungsräumen, die fehlenden Investitionen in den öffentlichen Personennahverkehr, oder der Investitionsstau im Bildungssystem. All das sind Probleme, bei denen man ansetzen könnte auch als Bundesregierung, und das wünschen wir uns.

Küpper: Hat die Ampel bei diesen Menschen, die Sie da jetzt treffen, noch einen Funken Glaubwürdigkeit?

Türmer: Nein, der Ruf der Ampel ist nicht gut. Bei ganz vielen, muss man leider feststellen, ist der Ruf insgesamt der Politik nicht in sehr gutem Zustand. Umso wichtiger, etwas dagegen zu unternehmen und Glaubwürdigkeit sich wieder zu erkämpfen, wiederherzustellen.

Küpper: Aber wie soll das gelingen? Wir haben gerade über inhaltliche Differenzen gesprochen, über persönliche Schwierigkeiten, und dann gibt es auch noch – das sagen viele – Defizite in der Kommunikation. Hören wir mal rein, was Olaf Scholz gestern in Vechta gesagt hat:

O-Ton Olaf Scholz: „Manche Sachen machen eben Spaß, gerade weil sie unvernünftig sind. – Der Satz war übrigens ausschließlich auf den Stoppelmarkt gemünzt und auf gar keinen Fall auf die Zusammenarbeit in der Bundesregierung. Die ist nämlich vernünftig und macht Spaß!“

Küpper: Soweit Olaf Scholz gestern auf dem Stoppelmarkt. Der, der das nicht kennt: Das ist ein Fest in Niedersachsen, wo unter anderem Kurze in verschiedenen Farben getrunken werden, Spaß gehabt wird. Aber ist Ironie – die klingt, glaube ich, beim Kanzler durch; ich weiß nicht, wie Sie es verstanden haben, Herr Türmer – das Mittel der Wahl gerade?

Türmer: Erst mal war es ein überraschender humoristischer Ausbruch. Das kennt man nicht unbedingt so von Olaf Scholz. Ich finde es jetzt auch nicht so schlimm. Es bringt ja auch nichts, darum herumzureden. Es bringt jetzt nichts, so zu tun, als ob die Zusammenarbeit in Berlin wahnsinnig harmonisch verlief. Ich muss auch sagen, mir als Juso-Vorsitzender ist es relativ egal, wie man zu Entscheidungen kommt, ob man das in großer Harmonie im Stuhlkreis hinbekommt, oder sich ein bisschen streitet. Ich würde mir wünschen, dass die Ergebnisse besser stimmen, dass man sich beispielsweise dazu durchringen würde, über einen Mindestlohn von 15 Euro nachzudenken und da auch substanzielle Erfolge zu erzielen, oder was für die Mieterinnen und Mieter vor allen Dingen in Ballungsräumen zu tun. Ich glaube, da braucht es Entscheidungen aus Berlin, aber da kommt ja zu wenig. Das kritisieren wir stark.

Küpper: Aber Olaf Scholz hat schon gesagt, die Weichen seien vielerorts richtig gestellt, Investitionen in Infrastruktur; es hätte nur noch keiner gemerkt. Teilen Sie diese Interpretation?

Türmer: Es kommt darauf an, dass man nicht nur für die lange Frist die Weichen richtig stellt, sondern – und das ist besonders wichtig, wenn man Glaubwürdigkeit innerhalb der Bevölkerung zurückgewinnen will – dass Veränderungen auch kurzfristig ankommen. Da ist unserer Meinung nach zu wenig passiert. Das hat auch ganz viel damit zu tun, dass die FDP überhaupt nicht mehr regieren, sondern nur noch blockieren will. Aber da müssen wir uns auch selbst in die Verantwortung nehmen lassen als größte Partei der Koalition und auch als Kanzlerpartei.

Küpper: Es gab mal einen Juso-Vorsitzenden, der ist heute Generalsekretär Ihrer Partei. Der hat gesagt, ich will, das noch was übrig bleibt von dem Laden hier, und gemeint war die SPD. Ist dieser Satz vielleicht sogar aktueller als damals?

Türmer: Selbstverständlich! Wir dürfen uns nicht praktisch wie auf einer historischen Gewissheit ausruhen, dass die SPD immer in guten Verhältnissen existieren wird. Dafür muss man etwas tun, dafür muss man kämpfen. Wir haben einen klaren Auftrag als Sozialdemokratie und das ist, vor allen Dingen für die Menschen zu kämpfen, die weniger Geld haben, die darauf angewiesen sind, dass es einen starken Sozialstaat gibt, der an ihrer Seite steht. In der Wahrnehmung vieler Menschen tun wir das nicht ausreichend und dieses Profil muss geschärft werden, damit die SPD auch in Zukunft, und zwar auch in einer gewissen Stärke existiert.

Küpper: Aber muss dafür nicht diese Ampel beendet werden? Sie klingen ja gerade für einen Juso-Vorsitzenden, dem etwas an der Zukunft der SPD liegt, noch sehr gefasst, auch angesichts der Tatsache, dass Sie im Osten gerade unterwegs sind bei den Landtagswahlen, wo Ihre Partei mitunter um den Einzug ins Parlament bangen muss?

Türmer: Ich kann auch niemandem Panik empfehlen. Nicht panisch sein ist ein Unterschied zu nicht besorgt sein. Ich bin besorgt und als Juso fordern wir deshalb entschieden, dass klare Signale aus der Bundesregierung kommen. Ich habe die unserer Ansicht nach besonders wichtigen Themen bereits angesprochen. Das sind die Löhne, die höher werden müssen, das ist der Wohnungsmarkt, und da fordern wir entschiedene und auch zügige Veränderungen und klare Signale ein.

Küpper: Aber mit dieser Ampel-Koalition, nicht ohne?

Türmer: Zumindest werben wir nicht dafür, die Ampel zu beenden oder sie zu verlassen. Aber genauso wenig wollen wir uns darauf einlassen, ...

Küpper: Warum nicht?

Türmer: Weil das unverantwortlich in der aktuellen Situation wäre, und man muss ja dann beantworten, mit welchen Mehrheiten man Veränderungen bewirken will. Aber dazu gehört auch, dass man sich nicht permanent von einem kleinen Koalitionspartner, insbesondere der FDP erpressen lässt, die die Schuldenbremse als Machtinstrument für einen schwachen Staat verwenden. Das was wir uns am wenigsten leisten können in der aktuellen Situation ist ein schwacher Staat, der keine Entscheidungen treffen kann und keine Maßnahmen, die es dringend braucht, veranlassen kann.

Küpper: Ist es verantwortungsbewusster, mit einer blockierten Regierung, mit einer Übergangsregierung weiterzumachen?

Türmer: Diese Formulierung „Übergangsregierung“ ist ja jetzt von Omid Nouripour.

Küpper: Ihrem Koalitionspartner.

Türmer: Ja, richtig. Das habe ich auch kritisiert. Ich glaube, das ist nicht das richtige Signal in der aktuellen Situation. Und der Anspruch, wenn man zusammen koalitiert, muss sein, dass man diese Zusammenarbeit besser hinbekommt. Das wird aber in Ergebnissen gemessen. Da geht es auch nicht in erster Linie um Kommunikation, sondern da geht es darum, dass die Ampel, dass die entsprechenden beteiligten politischen Parteien Glaubwürdigkeit zurückgewinnen, dass sie in den wesentlichen Handlungsfeldern, die den Menschen wichtig sind, wirkliche Veränderungen bewirken können, denn das ist ja das, was man sich von Politik wünscht, dass es einen Unterschied macht, dass man merkt, wer regiert, und da ist Luft nach oben.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.

*Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder.
Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Dis-
kussionen nicht zu eigen.*